

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.)

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 926.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonntagen und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pf. Postzeitungsliste Nr. 4089a, 8. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pf., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 134.

Donnerstag den 12. Juni 1902.

9. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Das Ende des Stuttgarter Straßenbahnerstreiks.

Der Straßenbahnerstreik in Stuttgart ist zu Ungunsten der Angestellten beendet. Die brutale Gewalt der klingenden Millionen hat wieder einmal über das menschliche Empfinden, ja auch über das gesetzliche Recht triumphiert. Nachdem alle Vermittlungsversuche des Gewerberichters, des Oberbürgermeisters und des Ministers des Innern an dem Starrsinn der Direktion gescheitert waren, setzten Verhandlung und Ausständige ihre letzte Hoffnung auf den Entscheid des von der Stadt Stuttgart angerufenen Amtsgerichts. Die Stadtverwaltung beantragte, das Amtsgericht wolle beschließen, daß die Stadt die Straßenbahn in eigene Regie zu übernehmen habe, da die Straßenbahndirektion den mit der Stadt abgeschlossenen Konzessionsvertrag nicht gehalten habe. Der Vertragsbruch wurde in der Betriebsinstellung erblickt, die nach Entscheidungen des Reichsgerichts mit dem Streik nicht genügend begründet ist. Das Amtsgericht beschloß jedoch, diesen Antrag abzulehnen. Die Begründung des Entscheides ist noch nicht bekannt. Da die Direktion auch durch die am Freitag erhaltene Polizeiverfügung, daß der Betrieb in den folgenden 7 Tagen zwischen 12 und 2 Uhr mittags, von 6 Uhr ab abends und am Sonntage den ganzen Tag zu ruhen habe, sich zum Nachgeben nicht bestimmen ließ, vielmehr immer neue Streikbrecher anwand und einübte, hatten sich die Ausständigen zu fragen, ob noch die geringste Aussicht auf einen Erfolg gegeben sei. Die Antwort mußte unter den gegebenen Verhältnissen verneinend ausfallen, und so beschloßen sie Sonnabend Nachmittag, den Streik für beendet zu erklären. In einem am Freitag von der Direktion herausgegebenen Flugblatt „zur Aufklärung“, das den ganzen Verlauf des Kampfes unter groben Entstellungen für die Direktion recht günstig darzustellen versuchte, war n. a. auch die Erklärung enthalten, daß sie einen Teil der Ausständigen wieder einstellen werde, wenn sie kämen und sich anböten. Diese Erklärung veranlaßte die Versammlung der Ausständigen, ihre Kommission zur Direktion zu schicken mit dem Ersuchen, sie möge diejenigen namhaft machen, die sie wieder einstellen wolle. Hierauf bezichtigte die Direktion 220 Mann, die nun wieder fahren, so daß der Betrieb seit Sonntag früh in vollem Umfange wieder aufgenommen ist. 120 Mann aber gelten als entlassen; für diese hat die Direktion in den Streikbrechern Ersatz gefunden. Selbstverständlich hat sie die „Anrückenden“ ausgemustert. Geradezu glänzend haben sich die Streikenden während der 8 Tage gehalten. 342 waren in den Ausstand getreten, und 341 nahmen Sonnabend noch an der Beschlußfassung über die Beendigung des Streiks teil. Ein einziger nur war Sonnabend früh abgesprungen und hatte die Arbeit aufgenommen. Von den 341 Mann unterwarf sich keiner in unwürdiger Weise, keiner ging einzeln zur Direktion und bot sich an, sondern singend blieben sie beisammen, während die Kommission die Liste der Ausserlesenen von der Direktion holte. Auch während der hochgradigen Aufregung der letzten Woche ist nicht ein Mißton aus den Reihen der Streikenden bekannt geworden, was von der gesamten Presse und fast täglich vom Polizeibericht betont wurde. Die Ausrangierten werden zunächst vom Transportarbeiterverbande als Gemäßigtere weiter unterstützt. Ein kleiner Teil derselben wird in städtischen Diensten Verwendung finden. In den letzten Tagen hieß es, auch der Staat werde einen Teil der Leute, die keine Anstellung wieder finden, übernehmen. Man darf zweifeln, ob dies geschieht, denn es ist zu fürchten, daß die Regierung infolge der Angriffe, die bereits von der Unternehmerpresse gegen sie gerichtet werden, zusammenknicken wird.

Es ist das erste Mal gewesen, daß in Deutschland eine Regierung in einem Lohnkampfe den Streikenden Recht gegeben hat. Das, was seither über die Vergleichsversuche des Ministeriums bekannt geworden war, ist am Freitag durch eine authentische Darlegung des „Staatsanzeigers“ erhärtet worden. Der Minister des Innern hat in der eindringlichsten Weise die Direktion zur Gehorsamkeit und zur Koalitionsrechtes zu bewegen versucht; aber auch seine Vorschläge sind trotz abgelehnt worden, und zwischen dem Vertreter der Straßenbahngesellschaft und dem Ministerialdirektor Hoffmann ist es zu den heftigsten Szenen gekommen. Ist nun auch diese Haltung der Regierung sowohl wie die der Stadtverwaltung vornehmlich auf die Mißstimmung zurückzuführen, die die Gesellschaft schon vor dem Streik bei allen Behörden und der gesamten Bevölkerung gegen sich erzeugt hatte, so ist sie doch ein Novum, und an Protesten der Schaffmachersche Presse wird es in den nächsten Tagen wohl nicht fehlen. Die „Münch. Neuesten Nachr.“ stimmten schon den ersten Ton an. Wenn aber die Regierung aus diesem Kampfe etwas gelernt hat, so möge es die Erkenntnis sein, daß das heutige

Koalitionsrecht ein Scheinrecht ist, das den Arbeitern nur dann gewährt wird, wenn sie sich in ihren Organisationen eine Macht schaffen, die der Macht des Kapitals überlegen ist. Ein sonderbares „Recht“, dessen Ausübung von den Gewaltverhältnissen abhängt!

Im schroffen Gegensatz zur Haltung der Regierung und der Stadtverwaltung stand das vielfach sehr schroffe Vorgehen der Polizei bei Menschenansammlungen. In allen Blättern und aus allen Gesellschaftskreisen kommen scharfe Proteste gegen das blindwütige Manövrieren und Dreihäuten eines Theiles der Polizisten auf harmlose Straßenpassanten. Am ruhigsten ging es dort zu, wo die Schutzleute sich in gemessener Entfernung von den Menschenansammlungen hielten, die in der letzten Woche dem Straßenbild ihr Gepräge gaben.

Daß dieser Streik verloren ging trotz aller erdenklichen Unterstützung, das haben die ca. 30 Zammergestalten auf dem Gewissen, die ihren Kollegen sich nicht anschlossen, sondern sich dazu hergaben, die neuangeworbenen Streikbrecher anzulernen.

Der Stuttgarter Straßenbahnerstreik wird noch zu manchen Betrachtungen Anlaß geben; besonders der Gesetzgebung giebt er gewisse Fingerzeige.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, den 10. Juni 1902.
Der Reichstag hat die 2. Lesung des Zuckersteuergesetzes am Dienstag in einer siebenstündigen Sitzung beendet. Die Kommission hatte durch eine Art Ueberrumpelung die fünfjährige Kontingentierung in das Gesetz hineingebracht. Es gelang, diese verderbliche Bestimmung wieder zu entfernen. In namentlicher Abstimmung wurde die fünfjährige Kontingentierung mit 194 gegen 114 Stimmen abgelehnt. Das Ergebnis kam dadurch zu Stande, daß die Interessen der Rübenbauern des Ostens von den Interessen der Rübenbauern der alten Zuckerdistrikte durchaus verschieden sind. Für die alten Zuckerdistrikte bedeutet die Kontingentierung eine außerordentliche Bevorzugung. Auf diesen Umstand hatte besonders Schippel wirkungsvoll aufmerksam gemacht, und in der That spalteten sich die Konservativen bei der Abstimmung in zwei ungleiche Hälften. Die Mehrzahl stimmte gegen die Kontingentierung. So gelang es, den Lieblingsgedanken des Ultramontanen Dr. Müller-Julba aus dem Gesetze zu beseitigen. Im Uebrigen blieb es bei den Kommissionsbeschlüssen. Unser Antrag, die Verbrauchsabgabe ganz zu beseitigen, wurde von Ledebour in einer ausgezeichneten Rede begründet, er wurde aber abgelehnt. Selbst die Freisinnigen stimmten gegen den Antrag und damit gegen ihr Programm. Sie hatten in dieser Frage die Führung der Regierungsmehrheit. Ihr Antrag, die Zuckersteuer auf 14 Mark zu erhöhen, wurde schließlich angenommen. Gleichfalls abgelehnt wurde unser Antrag auf Beseitigung des Ueberzolls, es bleibt bei den 480 Mark, die die Konvention als höchste Grenze aufgestellt hat.

Mittwoch wird das Sachverhalte durchberathen und voraussichtlich in einer 2. Sitzung auch noch die 3. Lesung der Zuckersteuer und die Gesamtstimmabstimmung über Zucker und Branntwein vorgenommen werden. Hierzu hat der Präsident die Sitzung schon auf 9 Uhr Vormittags anberaumt.

190. Sitzung. Mittwoch 11 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Reichskanzler Graf Bülow, Graf Posadowsky, Frhr. v. Rheinbaben, Frhr. v. Thielmann, Müller.

Zunächst wird gemäß einem Antrage der Geschäftskordnungs-Kommission die Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung der Abg. Raab und Liebermann v. Sonnenberg wegen öffentlicher Beleidigung des Abg. Demmig (FSp.) verjagt.

Es folgt die zweite Berathung der Zuckersteuervorlage.

Art. 1 handelt von der Kontingentierung. Es wird danach für die einzelnen Fabriken auf die Dauer von 5 Jahren, vom 1. September 1903 bis zum 31. August 1908 für jedes Betriebsjahr eine Zuckermenge (Kontingent) festgelegt, bei deren Ueberschreitung ein Steuerzuschlag von 4,40 Mark für je 100 Kilogramm zu entrichten ist. Die Feststellung der Kontingente soll unmittelbar nach der Verkündung des Gesetzes für die Betriebsjahre 1903/04 bis einschließlich 1907/08 erfolgen und alle diejenigen Fabriken umfassen, die bei Verkündung des Gesetzes bereits im Betriebe oder zum Betriebe fertig, oder welche vor dem 1. Juni 1902 in der Herstellung begriffen waren. Den Fabriken, die bereits 1901/02 im Betriebe oder zum Betriebe fertig waren, wird dasjenige Kontingent zuertheilt, das ihnen auf Grund des bestehenden Gesetzes für 1903/04 zustehen würde. Später errichteten Fabriken, soweit solche bis zur Verkündung des Gesetzes bereits im Betriebe oder zum Betriebe fertig, oder soweit sie vor dem 1. Juni 1902 in der Herstellung begriffen waren, wird unter Anführung von Sachverständigen ein Kontingent zuertheilt, das im Verhältnis zu ihrer technischen Leistungsfähigkeit unter Berücksichtigung von 50 Arbeitstagen festgesetzt wird. Andere Fabriken sollen für die Betriebsjahre 1903/04 bis 1907/08 überhaupt kein Kontingent erhalten.

Die Regierungsvorlage hatte die Kontingentierung aufgehoben.

Dr. Barth (FSp.) beantragt Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Frhr. Dr. v. Langen (R.) beantragt, bezüglich des Steuerzuschlags für die Ueberschreitung des Kontingentes die Bestimmung einzufügen: „Soweit die Zuckerrüben nur diejenigen Rübenmengen verarbeitet haben, zu deren Abnahme sie durch vor dem 1. Juni 1902 abgeschlossene Verträge verpflichtet waren, ermäßigt sich der Steuerzuschlag bis 1. August 1904 auf 2,50 Mark für je 100 Kg. Rohzuckerwerk.“

Richter (FSp.) beantragt, im Falle der Annahme der Bestimmungen über die Kontingentierung festzusetzen, daß alle nach dem Betriebsjahr 1901/02 errichteten Fabriken auch für die Jahre 1903/08 ein ihrer technischen Leistungsfähigkeit entsprechendes Kontingent zuertheilt werden soll.

Richter (FSp.): Unser Verlangen, die Vorlage ohne Kommissionsberathung zu erledigen, resultirt daher, daß bei solcher Spezialfrage die Kommission nicht die wirkliche Stimmung der Parteien zum Ausdruck bringt. Nur so ist es auch zu erklären, daß die Kommission die Wiedereinführung der Kontingentierung beschloßen hat, für die ich nur aus Bosheit gegen die Zuckerindustrie stimmen könnte. (Sehr gut! links.) In dem Kommissionsbericht vermisse ich jede Wiedergabe der Auslagen der Sachverständigen, die von der Regierung vernommen worden sind. Gerade diese Auslagen aber enthalten die besten Argumente gegen die Kontingentierung. Man sagt, die Kontingentierung soll nur auf 5 Jahre vorgenommen werden. Aber auch beim Branntwein wurde dasselbe beschloßen und die Kontingentierung dann auf weitere 10 Jahre verlängert! Man spricht immer vom Schatz der kleinen Fabriken. Gerade diese aber gehören den Großen und Baronen, während umgekehrt die Theilhaber großer Untergesellschaften kleine Leute sind. Man spricht vom Interesse der Landwirthschaft. Die Rübenbauern werden aber von einer Fabrik abhängig gemacht und auf jede Weise schikant. Die Höhe des Kontingentes ist ganz willkürlich gewählt worden, man hätte sie eben so gut ausnobeln können! (Heiterkeit.) Abgeordneter Müller-Julba hat hier erklärt, ohne Kontingentierung werde im Reichstag keine Mehrheit für die Konvention vorhanden sein. Ich kann mir nicht denken, daß die Freunde der Kontingentierung zusammen mit den absoluten Gegnern der Konvention eine Mehrheit bilden werden, die schließlich die ganze Konvention verwirft, falls die Kontingentierung nicht zu Stande kommt. Ich scheue mich nicht, der Regierung gegenüber in die schärfste Opposition zu treten, wenn es mir nöthig scheint, wenn aber die Regierung einen solchen Fortschritt anbahnt, dann halte ich es für meine Pflicht, ihr rückhaltlos zuzustimmen und das große Werk der Konvention durch die Bestimmungen über die Kontingentierung nicht zu verunglücken, zu verjähern und zu verderben. (Beif. links.)

Dorffern (Fp.): Ich bin ein prinzipieller Gegner der Kontingentierung. Wenn ich trotzdem dafür stimme, so bestimmt mich einerseits die Thatsache, daß der Kontingentierung die Erträge des Jahres 1901, eines besonders reichen Rübenjahres, zu Grunde gelegt sind und zweitens die Erklärung des Abgeordneten Müller-Julba, daß für seine Freunde die Annahme der Kontingentierung ein integrierender Bestandteil der ganzen Zuckersteuervorlage sei. (Beif. rechts.)

Schippel (SD): Ich vertrete hier eigentlich keinen sozialdemokratischen Antrag, sondern die Regierungsvorlage. (Heiterkeit und sehr richtig! h. b. Soz.) In den Kommissionsverhandlungen hat sich gezeigt, daß über die Frage der Kontingentierung absolut keine einheitliche Anschauung auch innerhalb der Mehrheit vorhanden war. Als wir in der Kommissionsitzung etwa 5 bis 7 Minuten nach der Mittagspause das Sitzungszimmer wieder betraten, erfuhr man, daß dieser wichtige Abschnitt lang und langlos von einer zufälligen Mehrheit angenommen wurde. (Hört! hört! links.) Das Reich hat seiner Zeit die Kontingentierung eingeführt, um sich nicht durch die Verpflichtung der Prämienzahlung für eine unbegrenzt große Produktion selbst zu schädigen. Jetzt, wo die Prämien aufgehoben werden sollen, hat auch die Kontingentierung keinen Sinn mehr. Gerade die Kontingentierung hat den Rübenbau des Ostens gegenüber den alten Zuckerdistrikten schwer geschädigt. Für jene alten Zuckerprovinzen galt alles als Ueberproduktion, was der Osten produzierte und nur ihre eigene Produktion erkannten sie als berechtigt an. Redner führt im Weiteren zahlenmäßigen Nachweis, wie der Osten durch die bisherige Kontingentierung benachtheiligt worden sei. Gerade die Vertreter der agrarischen Interessen sollten doch bestrebt sein, die agrarischen Interessen gegenüber möglichst anzuschließen. Gerade sie (nach rechts) sollten den Antrag der Kommission strotzen ablehnen. Die namentliche Abstimmung über diesen Antrag wird ja dafür sorgen, daß jeder Abgeordnete die volle Verantwortung für sein Wort zu tragen hat. Die jetzige Art der Kontingentierung unterscheidet sich von der früheren dadurch, daß es jetzt überhaupt keine Erweiterung und Neugründung von Fabriken mehr geben soll. Das bedeutet einen viel schlimmeren Answuchs der Zuckersteuergesetzgebung, als wir ihn jemals gehabt haben. Was nach 5 Jahren geschehen soll, weiß Niemand! Gibt es ein Neues, ein größeres Kontingent? Werden neue Fabriken gestattet werden? Ueber all diese Fragen ist im Gesetz auch nicht ein Wort enthalten. Durch die Kontingentierung wird nur das Zuckerartell absolut festgelegt und Neugründungen unmöglich gemacht. Deshalb sollte auch die Mehrzahl der Produzenten gegen die Kontingentierung stimmen. Wir haben das größte Interesse daran, zu verhindern, daß die Zwecke der Konvention nicht durch allseitige Nachlassigkeiten unthunlich gemacht werden. Die Kontingentierung würde nur eine verheerliche Fehlpolitik darstellen, und ich kann Sie nur dafür warnen, jetzt, nach Abschluß der Konvention, den anderen Staaten mit der Kontingentierung wieder ein schlechtes Beispiel zu geben. Wenn Ihnen daran gelegen ist, daß die Konvention ihrem Wortlaut nach durchgeführt wird, so lehnen Sie die Kontingentierung rundweg ab. (Beif. Beif. h. b. Soz.)

Dr. Becker (B.) erklärt im Namen seiner politischen Freunde seine Zustimmung zur Kontingentierung. Die Regierung hat bei der Vorlage der Prämienkonvention darauf hingewiesen, daß vorans-

noch beschäftigten Zimmerer legten darauf sämtlich die Arbeit nieder.

leine Chronik der Nachbargebiete. In Rosentiner Hütte bei Malchow stürzte eine Arbeiterfrau so unglücklich von einem mit Moos beladenen Wagen, daß sie das Rückgrad brach. Nach einigen Stunden verstarb sie. — Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich daselbst in der Mühlenmühle. Die Frau des Besitzers nahm ihre beiden kleinen Mädchen mit in die Mühle und diese benutzten den darin befindlichen Fahrstuhl, stürzten aber aus der Höhe von einigen Metern aus demselben und verletzten sich sehr schwer. Der behandelnde Arzt hofft, die Kinder am Leben zu erhalten. — Kürzlich kam in Bliesekow bei Doberan ein Feuer zum Ausbruch. Bei den Aufräumungsarbeiten fand man nun die völlig verkohlte Leiche eines Kuchbäckers. Derselbe war wegen eines Streites mit dem Meier entlassen worden und mit dem verdienten Lohn nach Rostock gegangen. Man nimmt nun an, daß er, nachdem er seine Baarschaft aufgebraucht, heimlich nach Bliesekow zurückgekehrt ist und aus Mache das Feuer angezündet hat. Dabei hat er nun entweder den Tod gesucht oder ihn gefunden, indem er von den Flammen ergriffen wurde. — Wegen Verleumdung des Wahlvorstandes bei der Reichstagswahl im Kreise Habersleben wurde am Montag in Flensburg Rätcher Töpfer zu 10 Tagen Gefängnis und wegen Verübung groben Unfugs eine Geldstrafe von 50 Mark, der vierte Angeklagte Malhändler Switjter wurde freigesprochen. — Das Schwurgericht zu Flensburg verurteilte gestern den Sekretär des dortigen Seeamtes, Beng, wegen schwerer Urkundenfälschung in Verbindung mit Unterschlagung unter Ubilligung mildernder Umstände zu 4 Jahren Gefängnis. Der Angeklagte hatte in den letzten drei Jahren in 212 Fällen auf Grund gefälschter Liquidationen für angeblich bei den Seemannsverhandlungen erwachsene Auslagen im Ganzen 12 794 Mk. erschwandelt und den Fiskus um diese Summe geschädigt. — Die in Altona wohnende 23 jährige Emma Sandberg wollte sich am Sonntag von ihrem Bräutigam verabschieden, der mit dem Dampfer „Wilhelm Delpner“ eine Reise nach Rußland machen will. Als die junge Dame von Bord ging, that sie einen Fehltritt, stürzte in die Elbe und ertrank vor den Augen ihres vor Entsetzen fast gelähmten Bräutigams. In fünf Wochen, nach der Rückkehr desselben von Rußland, sollte die Hochzeit gefeiert werden.

Kiel. Eine für die Zeitungs-Berichterstattung höchst wichtige Entscheidung wurde gestern von der Kieler Strafkammer getroffen. Angeklagt war Genosse Alex Bürgens, der beschuldigt wurde, in der Nummer vom 20. März d. J. der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ einen Bericht über eine gegen den Arbeiter Hof gerichtete Verhandlung wegen Majestätsbeleidigung veröffentlicht zu haben, obgleich während der Dauer der Verhandlung die Öffentlichkeit ausgeschlossen war. Der Angeklagte giebt unumwunden zu, während der Verhandlung im Gerichtssaal anwesend gewesen

zu sein. Er bestreitet jedoch, daß die Öffentlichkeit wegen Gefährdung staatlicher Interessen ausgeschlossen gewesen sei, sondern es sei nur wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung erfolgt. (Diese Angabe wurde allgemein bestritten.) Da er auch alle etwa anstößigen Stellen aus dem betreffenden Bericht fortgelassen, läge seiner Ansicht nach eine Strafbarkeit nicht vor. Staatsanwalt Neils beantragte hierauf selbst Freisprechung, da anzunehmen sei, daß der Angeklagte in gutem Glauben gehandelt habe. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Schirren, meinte jedoch, daß es mit der Freisprechung allein nicht gethan wäre. Es müßte im Prinzip festgelegt werden, daß nur dann ein Bericht über eine Gerichtsverhandlung verboten sei, wenn der Ausschluß wegen Gefährdung staatlicher Interessen erfolge. Die Verbindung der staatlichen Interessen mit der öffentlichen Ordnung, wie es in der Anklage geschehen, sei unstatthaft. Ueber Verhandlungen, die Gefahr für die öffentliche Ordnung sowie der Sittlichkeit mit sich brächten, dürften, allerding unter Fortlassung der anstößigen Stellen, Berichte wohl veröffentlicht werden. Da also die Anklage gänzlich unbegründet sei, zugleich aber wichtige juristische Fragen in Betracht kämen, beantragt er außer der Freisprechung auch die Zurückstattung der baaren Auslagen, sowie der Kosten für die Verteidigung durch die Staatskasse. Das Gericht erkannte nach kurzer Berathung auf kostenlose Freisprechung aus den von der Verteidigung angeführten Gründen. Der Antrag, die Kosten für die Verteidigung u. s. w. ebenfalls der Staatskasse zur Last zu legen, wurde abgewiesen, da dem Angeklagten von vornherein bekannt sein mußte, daß er freigesprochen werden müsse.

Güstrow. Das Schwurgericht verurteilte gestern die Witwe Helms aus Rehna wegen Meineids zu 3 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust unter Abschreibung der Fähigkeit, jemals als Zeugin eidlich vernommen zu werden.

Beste Nachrichten.

Janer. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich beim Aufertigen von Klappatronen in der hiesigen Kaserne. Durch Explosion von Pulver, welches auf noch nicht angeklärte Weise in Brand gerieth, wurden ein Sergeant und vier Mann an Kopf und Händen theilweise sehr stark verbrannt.

Thorn. Auf dem Artillerie-Schießplatz ereignete sich schon wieder ein schwerer Unglücksfall. Fünf junge Leute, Eigentümer- und Besitzersöhne aus Demblenic, Kreis Znojmo, jagten einen verschleppten Bären. Als sie sich an demselben zu schiessen machten, explodirte er. Von den herumschwebenden Stücken wurde einer der Leute sofort getödtet und buchstäblich in Stücke gerissen, einer schwer und zwei leicht verletzt.

Huno. Eine Falchmännerbande wurde von der hiesigen Polizei ermittelt und verhaftet.

Kassel. Weil er ihm den Eintritt zu einer Festlichkeit des Vereins verweigerte, erschach ein Agent aus Kassel den Vorsitzenden des Gesangvereins zu Hermuthsachsen.

Köln. Uebermals ein Eisenbahnunglück. Der Montag Nachmittag 1 Uhr von hier abgefahrne Zug der Station Walberg. Die Lokomotive sowie ein Badwagen wälzten sich seitwärts des Gleises ins Feld, wo die Lokomotive umfiel. Das Fahrpersonal konnte sich rechtzeitig in Sicherheit bringen. Ein Handwerksmann, der auf dem Hinterrad des Waggons stand, wurde herausgeschleudert und schwer verletzt. Mehrere Personen wurden leicht verletzt.

Wien. Ballon-Explosion. Ein hier Sonntag unter Leitung der Luftschiffern Wiß Bolsh aufsteigender Luftballon verunglückte beim Landen und blieb auf dem Dache eines Hauses hängen. Als ein in der Nähe stehender Mann seine Tabakpfeife anzündete, fiel das dem Ballon einströmende Gas Feuer und brachte auch den Ballon zum Brennen. Dieser stieg breuend wieder in die Luft und explodirte. Wiß Bolsh hatte sich im letzten Augenblick gerettet. Dagegen hatten viele Zuschauer Brandwunden im Gesicht und an den Händen erlitten.

Budapest. Wolkenbrüche. Die Ortschaft Nagy Szollos wurde durch einen Wolkenbruch vollständig überflutet. Die Theilung ist aus den Ufern getreten und hat große Strecken mit Getreidefeldern verflutet. Auch die bösnische Stadt Prozor wurde durch einen Wolkenbruch überflutet. In den Straßen wurden große Verwüstungen angerichtet und eine Anzahl Brücken weggerissen. Der Schaden ist sehr bedeutend.

London. Zwei militärische Unglücksfälle. Ein zu der Luftschifferabteilung der französischen Marine gehörender Ballon, dessen Bewegungen zwei Torpedoboote folgten, und in dem sich der Marineleutnant Baudin befand, unternahm Montag früh einen freien Ausflug, er stürzte ins Meer, Leutnant Baudin ertrank. Die Leiche wurde bereits aufgefunden. Im Laufe einer Geschützübung bei Kap Bar, in der Nähe von London, wurde die Einlage eines Geschützes heftig nach hinten gestoßen; ein Kanonier wurde getödtet, acht verwundet.

London. Zwei schreckliche Brandkatastrophen. In einem Hause in der Queen Victoria Street zu London brach am Montag Feuer aus; eine Anzahl Mädchen und ein Mann sprangen, um sich zu retten, 60 Fuß tief in ein für sie ungehaltenes Sprungtuch, wobei drei Mädchen den Tod fanden und der Mann so schwer verletzt wurde, daß an seinem Auskommen gezweifelt wird; fünf Mädchen wurden leicht verletzt in ein Krankenhaus gebracht, während mehrere andere an Ort und Stelle verbrannt wurden. Insgesamt sind acht Mädchen und ein Knabe bei dem Brande umgekommen. — Fast gleichzeitig wurde „Lutes Hospital“ in Chicago von einem furchtbaren Brandunglück heimgesucht. 9 Männer und eine Frau wurden dabei getödtet, 30 Personen schwer verletzt. Die Mehrzahl der Patienten befand sich wegen Trunksucht in Behandlung. Als das Feuer ausbrach, war eine Anzahl von Desfirmen an die Betten festgeschraubt.

Ferrol. Dampferunglück. Der Küstentelegraph meldet die Vorüberfahrt eines englischen Dampfers, an dessen Bord eine Kessel-Explosion stattgefunden hat, wobei einige Menschen getödtet und verwundet wurden. Ein deutscher Dampfer liefete den Schiffbrüchigen Hilfe; der Name des Dampfers ist noch unbekannt.

Algier. Während der Schießübungen einer die Stadt beherrschenden Batterie fiel ein Granatplitter auf die Terrasse eines am Meer gelegenen Restaurants. Unter den Gästen entstand eine Panik. Drei Personen wurden verletzt.

Freundliches Logis zu verm. d.

Ein möbliertes Zimmer sofort zu vermieten. Näheres Rosenstraße 5, part.

Sofort o. z. 1. Juli eine Wohnung zu vermieten, Niehe 110 Nr. Weisinger Allee 148.

Durch Zufall eine kleine Wohnung, 2 Zim. und Zubehör zu vermieten. Wilowstraße 5, I.

Zum 1. Juli eine kleine Wohnung zu vermieten. Schönbofenerstraße 12.

Zu vermieten zum 1. Juli eine kleine Wohnung nebst Stall. Margarethenstraße 13.

Ein fast neues Fahrrad wenig gebraucht, zu verkaufen. Langereihe 11, Burgthor.

3000 Mark zweites Geld gesucht. Angebot n. L. O. 5 an die G. d. M.

Die Rechte u. Pflichten des Miethers.

20 Anlag. Preis 20 Pfg. Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Sind Sie schon bei dem kleinen Törber gewesen?

Wieso? Naan? Solohal billiger Einkauf von Manufaktur- und Weisswaren, Herrenwäsche, Kravatten, Unterzeuge, Strümpfe, Schürzen, Arbeits-Garderoben, Hüte und Mützen, Handschuhe, Herren- u. Damen-Schirme in größter Auswahl.

Da gehen wir alle hin! Törber

33 Goldenstraße 33. ganz unten.

Meiner verehrlichen Kundschaft die ergebene Mittheilung, daß ich das Geschäft meines verstorbenen Mannes, des Schlachtermeisters **Wilhelm Schmidt, Mengstraße 2, z. St. Johannisstraße 1** (Haus Commerzbank), unter Leitung des langjährigen Geschäftsführers Herrn **Emil Aland** in unveränderter Weise fortsetze.

Marie Schmidt, geb. Drews.

Lübeck, im Juni 1902.

Engelsgrube 53 H. Mohr Schwöncfenquerstr. 1

Möbel-Ausstattungs-Geschäft

empfehltes großes Lager in Mobilien, einfach und elegant. Großartige Auswahl. — Dauerhafte Arbeit. — Billige Preise. Verkauf auf Wunsch auch auf Theilzahlung. — Ansicht gerne gestattet.

Pfeiffer & Diller's in Dosen Kaffee-Essenz (Original-Mark)

empfehltes Carl Schmachtel, Adlerstraße. B. Niebuhr, Schützenstraße 32.

Birkenbrennholz

aus Egler's „Ecke“, unterhalb der Berggrube liegend, 15 Pfg. pro Kubik. Näheres bei Jäde & Co.

Gesucht per sofort ein Mädchen für häusliche Arbeiten. Stavenstraße 33.

Ein neue Plüschornitur. Preis halber zu verk. Bergstraße 20, II.

Ein Fahrrad zu verkaufen. Hauptstraße 25 a.

Bitte den Herrn, der am Montag einen Hut bei mir veranlagt hat, denselben wiederzubringen. F. W. Lichtenstein, Barbier und Friseur, Große Burgstraße 11.

Haushandschuhe, sowie Bände für Jagdsachen und geplättet bei Frau Seemann, Unterstraße 75.

Weine und Spirituosen nur preiswerthe, empfehltes Ad. Jähns, Schwarzenberg Allee 33.

Französische Cierkartheln à Fass 60 Pfg. Blücherstraße 23.

Ein wachsamer Hund zu verkaufen. Zu erfragen Engelsgrube 61/2.

Möbelkäufern

empfehle ich mein großes Lager dauerhaft gearbeiteter Möbel jeder Art. Folckers Möbel-Magazin 25 Marlesgrube 25.

Achtung! Sanitätsverband

der freien Hilfskassen Lübecks. Ausserordentliche General-Versammlung am Freitag den 13. Juni

Abends 8 1/2 Uhr im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52 Tages-Ordnung: Innere Verbandsangelegenheiten. Der Vorstand.

NB. In dieser Versammlung sind die Kassenvorstände hierdurch mit eingeladen.

Verantwortlicher Redakteur für den germanischen Theil der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Umgebung“, sowie der mit J. St. gekennzeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling. — Verleger: Theodor Schwarz. Druck von Friedr. Meyer & Co. — Druckort: Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 134.

Donnerstag, den 12. Juni 1902.

9. Jahrgang.

Soziales und Parteileben.

Der Verband deutscher Eisenbahnhandwerker und Arbeiter hielt am 9. und 10. Mai zu Bremen seine sechste ordentliche Delegiertenversammlung ab. Der „Werkruf“ berichtet jetzt darüber: Es fanden vier vorbereitende Sitzungen und zum Schluß die öffentliche und Hauptdelegiertenversammlung statt. U. A. fanden Beratungen über die Petition des Verbandes, Pensionsverhältnisse und Gröndung einer Zuschuß-Pensionskasse statt. Auch soll eine weitere Ausgestaltung des Verbandes erwogen werden, insbesondere hinsichtlich besserer Krankenfürsorge, Arbeitslosenversicherung, Darlehenvermittlung, Wohnungsfürsorge, Baugenossenschaften, Waareneinkaufsgenossenschaften, Brandversicherung, Bildungsweesen u. A. m. Dem Eisenbahnminister von Thielen ist seitens des Zentralvorstandes u. A. ein Besuch um Gewährung freier Hin- und Rückfahrt nach Bremen für die Teilnehmer an der Delegiertenversammlung des Verbandes unterbreitet worden. Wir wir erfahren, ist dieser Wunsch, ebenso wie die Petition abschlägig beschieden worden.

Das Dresdener Volkshaus, das mit einem Aufwande von rund einer halben Million von den Gewerkschafts- und Parteigenossen ins Leben gerufen, wurde am Sonnabend mit einer kleinen Feierlichkeit eingeweiht. Genosse Sindermann hielt die Festrede. Alle Räume waren überfüllt. Das Stablisement, das früher unter dem Namen „Zum Schwan“ existierte, eignet sich für die Zwecke des Volkshauses ausgezeichnet. Es ist ca. 10 Minuten vom Postplatz entfernt, ganz in der Nähe des Wettiner Bahnhofes gelegen mit ausgezeichneter Straßenbahnverbindung nach allen Theilen der Stadt. Es besteht aus zwei Grundstücken an der Ritzberg- und der Magstraße. In dem dazwischenliegenden Hof befindet sich der Saal. Das Volkshaus wird von einem von den Gewerkschafts- und Parteigenossen gewählten Komitee verwaltet. Eine offene Handelsgesellschaft Friedrich u. Co., Inhaber die Genossen Sindermann, Friedrich und Hoffmann, firmiert.

Der Freisinn als Schürer des Nürnberger Parteizwists. Wie jüngst von uns berichtet wurde, hat der Vorsitzende des Sozialdemokratischen Vereins Nürnberg, Genosse Rudolph, den Redakteur des freisinnigen „Fränkischen Kuriers“ wegen verleumderischer Beleidigung verklagt, weil das Blatt in einer angeblich aus „sozialdemokratischen Kreisen“ stammenden Zuschrift durchblicken ließ, daß auch Rudolph zu denen gehöre, die in den Nürnberger Parteizwistigkeiten Artikel für den „Kurier“ geschrieben haben. In dieser Sache wurde am Sonnabend vor dem Säulsaal verhandelt. Hier wurde der freisinnige Redakteur, Max Berlen, sehr kleinlaut und erklärte sich zur Abgabe folgender Erklärung bereit: „Wie bekannt, hat Herr Redakteur Rudolph, der erste Vorsitzende des Sozialdemokratischen Vereins Nürnberg-Altendorf, sich durch einen Artikel beleidigt gefühlt, welcher in Nummer 261 des „Fränkischen Kuriers“ als Zuschrift aus sozialdemokratischen Kreisen erschienen war. Er hatte darin den Vorwurf gefunden, daß er der Verfasser von sozialdemokratischen Einsendungen an den „Fränkischen Kurier“ gewesen sei. Wir erklären hiermit, daß wir nicht den geringsten Anlaß haben zu der Annahme, daß Herr Rudolph der Verfasser derartigen Einsendungen gewesen sei und daß es uns auch ferngelegen hat, eine derartige Behauptung aufzustellen. Wir bedauern, wenn durch die Fassung des Artikels der Anschein hervorgerufen worden ist, daß wir eine derartige Behauptung hätten aufstellen wollen. Wir werden dafür Sorge tragen, daß vorstehende Erklärung in folgenden Blättern erscheint, welche sich auch mit dem ersten Artikel beschäftigt haben: „Frankfurter Zeitung“, „Fränkischer Kurier“, „Fränkische Morgenzeitung“, Nürnberg, „Nordbayerische Zeitung“, Nürnberg, „Nürnberger Volkszeitung“, „Nürnberger Anzeiger“, „Stadtzeitung“, Nürnberg, „Freisinnige Zeitung“, Berlin, „Münchener Neueste Nachrichten“.

Sonderbare Schwärmer.

Roman von Max Preker.

10. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)
Sams Gesicht zeigte plötzlich eine Miene, als müßte er sich den Bauch vor Lachen halten, dürfe aber dabei keinen Ton von sich geben.
Dann gurgelte er hervor:
„O, Massa, Massa — hihihi — junger Mensch soll Freund sein von Herrn von Kolloff — das macht alten Sam zum Todtsachen, hihihi.“
Und nun erzählte er in seinem gebrochenen Deutsch, daß Kolloff einen Abschreiber von Manuskripten gesucht hätte, daß Herr Reinhard Ritter gestern die Wahl gefallen sei und er von heute ab täglich ein paar Stunden damit beauftragt werden sollte.
Herr Holzsig machte jetzt ein Gesicht, als hätte er soeben die Nachricht bekommen, daß das hauffällige Haus da draußen in der Vorstadt bereits vor der Kontraktunterzeichnung eingestürzt sei. Dann spiegelte sich die ganze moralische Entrüstung eines hintergangenen Mannes auf seinem Gesicht wieder.
„Dieser Spitzhube“, — leuchtete er hervor — dieser Spitzhube — also ein purer Schreiber, nicht mehr und nicht weniger. Ein Abschreiber, ein Kopist, ein Hungerleider — etwas muß ich jetzt durch Zufall erfahren! Daher also die Verlegenheit. Hören Sie, Herr Sam, dieser Mann, von dem ich übrigens erfahren habe, daß er ein ganz talentvoller Mensch sein soll, hat sich in meine höchst achtbare Familie eingeschlichen. Verstehen Sie auch, Herr Sam: in die Familie des bekannten Osenfabrikanten Emil Holzsig — ich habe sieben Häuser, nebenbei gesagt — er hat es verstanden, Herz meiner ältesten Tochter Klara zu umgarnen, und daß bis dato die Annahmung, mein Schwiegerjohn werden wollen. Dachte immer noch, was wunder mit ihm los

„Augsburger Abendzeitung“, „Bayerischer Kurier“, München. — Man muß nun abwarten, ob das freisinnige Blatt die empfangene Lehre beherzigen und die bisher von ihm geübten Verbüchertigungen der an der Spitze unserer Bewegung in Nürnberg stehenden Genossen einstellen wird.

Ein interessanter Unfallversicherungsprozess.
Am 1. Mai vorigen Jahres wurde der Bierbrauer K. in dem Keller der Rheinischen Brauerei in Mainz von seinem Kollegen in ruchloser Weise ermordet. Die Wittve des Ermordeten, die 5 kleine Kinder besitzt, kam auf Grund des Unfallgesetzes auf Hinterbliebenenrente ein, die Brauerei-Vereinsgenossenschaft lehnte jedoch den Anspruch ab, weil der Tod des K. nicht durch einen Betriebsunfall eingetreten, sondern infolge einer Schlägerei, die aus persönlichen Gründen entstanden, stattgefunden. Die Wittve legte Berufung ein und machte geltend, daß der Tod in ursächlichem Zusammenhang mit dem Betriebe stünde. Nach dem sachverständigen Gutachten in den Schwurgerichtsverhandlungen habe der Mörder an Wutausfällen gelitten, dabei habe er etwas zerschlagen oder zerstört müssen. Der Ermordete habe vor dem Vorfall mit dem Albert keinerlei Zwistigkeiten gehabt, er sei in dem Momente der That in einem abgelegenen Keller allein beschäftigt gewesen und hier von dem Mörder plötzlich überfallen worden. An jedem anderen Orte hätte sich K. dem Tode entziehen können. Das Schiedsgericht bejahte den ursächlichen Zusammenhang sowohl zeitlich als örtlich, K. sei während der Arbeitszeit getödtet worden insofern das an der Betriebsart liegenden abgelegenen Kellers, welcher Umstand den Mord begünstigt habe. Der Ermordete habe vorher sogar darauf gedrungen, daß er von der fraglichen Arbeit abgelöst werde. Außerdem sei keine Schlägerei vorausgegangen, sondern es habe ein plötzlicher Ueberraschungsurteil stattgefunden. Die Wittve und deren Kinder seien von der Berufsgenossenschaft zu entschädigen. Vorläufig wurden der Klägerin 30 Mk. zugestimmt.

Kunst und Klassenkampf. Die Aussperrung sämtlicher Arbeiter in der holländischen Fabrikstadt Enschede, veranlaßt vom dortigen Unternehmerverband, um die streikenden Weber der Firma Van Heel zur Wiederaufnahme der Arbeit zu zwingen, verursacht in ganz Holland riesiges Aufsehen. Solch brutale Handlungsweise von Unternehmern war man bisher in diesem Ländchen nicht gewohnt, und das Freiheitsgefühl des niederländischen Bürgers scheint sich doch etwas verhehlt zu fühlen. Einige Genossen aus Künstlerkreisen haben deshalb an die freisinnigen Lieben den Künstler einen Aufruf gerichtet, etwas für die Aussperrten zu thun. Der Aufruf hatte auch Erfolg. Aus Malerkreisen z. B. wurden Kunstprodukte gesandt von Joseph Israels, gegenwärtig der größte Maler Hollands, Willem Moris, Therese Schwärze, Jan Beth, Toorop, Haberman und anderen ersten Sternen am holländischen Kunsthimmel. In Konzerten für die Aussperrten traten auf: Königin, Frau Noordwier-Rodrigues und andere. — Bis jetzt wurden 130 000 Gulden für die Aussperrten gesammelt.

Ein privates Strafgesetzbuch. Unser Breslauer Parteiblatt veröffentlichte dieser Tage eine Arbeitsordnung und eine Strafordnung, welche die Brauerei Pfeifferhof in Breslau für ihre Angestellten von Kurzem aufs neue erlassen hat. Sie hat folgenden Wortlaut:

- § 1. Den Anordnungen des vom Braumeister oder dessen Stellvertreter ernannter Stubenreuten ist zur Aufrechterhaltung von Ruhe, Ordnung und guter Sitte unbedingt Folge zu leisten und werden Zuwiderhandlungen mit 30 Pf. bestraft.
- § 2. Wer in einem Schlafzimmer raucht, ist über Bier trinkt, zahlt 10 Pf.
- § 3. Wer im Bett liegend raucht, zahlt eine Strofe von 30 Pf.
- § 4. Wer sich mit den Stiefeln oder schmutzigen Kleidern in ein Bett legt, zahlt eine Strofe von 30 Pf.
- § 5. Wer nach Benutzung eines Waschbeckens das unreine Wasser nicht ablassen läßt, zahlt eine Strofe von 20 Pf.

ist — Schriftsteller, Literat, das hört sich im ersten Augenblick groß an, der Mensch versteht auch was, er ist nicht dumm — und jetzt leidiger purer Abschreiber; wenn man das erfährt, diese Blamage für meine Tochter! Na, die zu Hause werden sich freuen, wenn ich ihnen das erzähle — so was ist mir noch nicht vorgekommen. Der Mensch will berühmt werden, so ein Hungerleider bildet sich ein, meine Tochter zur Frau zu bekommen. Ja, sehen Sie, beßer Herr Sam, da ist der Herr Dr. Feigenkohl von der „Stadtpost“ — versteht auch in meinem Hause, Sie müssen wissen, Herr Sam, in meinem Hause verkehren noble Leute, ausgenommen diesen Ritter — nun, den werde ich bald an die Luft setzen. Ja, der Herr Feigenkohl, lieber Herr Sam, das ist doch eine respektable Persönlichkeit, hat eine Stimme in der Presse — einer unserer größten Theaterkritiker, bekommt zweitausend Thaler jährlich, hat, unter uns gesagt, lieber Herr Sam, auch ein Auge auf Klara geworfen — so ein Schwiegerjohn wäre nicht übel, so ein Mann kann was machen: Da giebt's hin und wieder Ausstellungen, wo man erwähnt sein will, hin und wieder eine kleine Notiz in der Zeitung; er hat — nur zu Ihnen gesagt, Herr Sam — das schon öfter für mich getan; so ein Redakteur von der „Stadtpost“ kann Alles. Aber dieser Ritter, so ein purer Literat, der soll mich noch kennen lernen, Herr Sam!

In diesem Redefluß ging es noch ein paar Minuten weiter, und der glattrasierte Köpfermeister und Siebenhünderbesitzer vergaß ganz, daß er alles zu einem Schwärzen sagte, der durch keine Miene irgend welches Verständniß oder irgend welche Theilnahme für seine Erläuterungen verrieth, sondern im Wesentlichen den Eindruck machte, als hätte er bei dieser Redseligkeit dieselbe Empfindung, wie sie die Kuh vor dem neuen Thor haben soll.

Herr Emil Holzsig füllte alsdann den Korridor entlang einer Glas Thür zu, die nach den Bureau des Herrn Ahlfeld führte, dabei mit dem plötzlich aufgetauchten Geheul besetzt. Es war nicht möglich, daß er vor den

- § 6. Wer sich im Schlafzimmer wäscht, zahlt eine Strofe von 20 Pf.
- § 7. Wer die Wasserkanne zum warmen Wasser nach ihrer Benutzung nicht wieder an ihren Platz hängt, zahlt eine Strofe von 10 Pf.
- § 8. Wer nach Benutzung einer Badewanne dieselbe nicht sofort reinigt, zahlt eine Strofe von 50 Pf.
- § 9. Wer im Schlafzimmer Pantoffeln, Schuhe, Stiefel oder Kleidungsstücke herumstehen oder liegen läßt, zahlt eine Strofe von 10 Pf.
- § 10. Wer ein Zimmer, den Korridor oder die Treppe verunreinigt, zahlt eine Strofe von 10 Pf.
- § 11. Wer nach einmaligem Wachen nicht aufsteht, zahlt eine Strofe von 10 Pf.
- § 12. Wer etwas unter den Tisch wirft, ohne es sogleich wieder aufzunehmen, zahlt eine Strofe von 10 Pf.
- § 13. Wer Schwaaren, Kartoffelschalen auf dem Tisch liegen läßt, zahlt eine Strofe von 20 Pf.
- § 14. Wer in einem Stuhl oder Kleiderstuhl oder in seinem Koffer zu den Schlüssel stecken läßt, zahlt eine Strofe von 10 Pf.
- § 15. Wer sich im Schlaf- oder Schlafzimmer laut und unanständig beträgt, zahlt eine Strofe von 30 Pf.
- § 16. Wer an die Tafel geschriebene Namen fortwirft, bevor dieselben im Strafbuch notirt sind, zahlt eine Strofe von 50 Pf.
- § 17. Wer einen Namen falsch benennt oder einen Namen zu Unrecht an die Tafel schreibt, zahlt eine Strofe von 30 Pf.
- § 18. Zur Führung der Kasse wird auf Vorschlag der Brauerei-Genossen vom Braumeister ein Kassensührer ernannt, derselbe hat die an die Tafel geschriebenen Namen jeden Abend in ein Strafbuch einzutragen und die Strafgebühren einzulassiren. Er erhält für die Dauer seiner Kassensführung einen Lohnzuschlag von 3 Mark pro Monat. Die eingehenden Strafgebühren hat der Kassensührer alle Wochen an die Unterstützungskasse abzuführen.

Abgesehen davon, daß sich Arbeiter derartige Strafen leider auch heute noch gefallen lassen, entbehrt dieser sonderbare Preiskourant nicht des Humors.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. In der Grafschaft Somerset in England blieb nach einem heftigen Schlagregen der Boden mit einer ganz dünnen Kruste von Schwefel bedekt, was offenbar mit den vulkanischen Ausbrüchen in Westindien in Zusammenhang steht. — Cornwall wurde am Donnerstag von einem eine halbe Minute dauernden Erdbeben heimgesucht, das die Bevölkerung in große Aufregung versetzte, da die Erschütterung so stark war, daß Kommoden umstürzten und Bilder von den Wänden fielen. — Eine Besteigung des Vulkans Soufriere hat nach einer Melbung aus St. Vincent eine Gesellschaft amerikanischer Forscher unternommen. Zuerst wurde das Becken des jetzt verschwundenen hochenden Sees untersucht, wo man ein 2000 Fuß tiefes Loch fand. Es hat sich ein neuer Krater gebildet, welcher Dampf auspeit.

Polizeithaten in Ostelbien. Die Metallarbeiter in Danzig wollten am 1. Juni ein Vergnügen abhalten. Der Vorstand der Zahlstelle meldete es bei der Polizei an und erhielt vom Polizeipräsidenten einen Bescheid, der an sich schon geeignet war, das Vergnügen unmöglich zu machen. Frauen sollten nämlich nicht daran teilnehmen dürfen, weil der Metallarbeiterverband ein politischer Verein sei. Unter solchen Umständen verzichteten sie darauf. Schon am 31. Mai erschien trotzdem die Polizei in einer Stärke von 20 Mann vor dem Lokal und patrouillirte die Straßen auf und ab. Am 1. Juni, dem „Festtag“, erschienen 15 Vertreter der Hermandad, auch wurde in einer nebenan gelegenen Weinkeipe eine fliegende Polizeiwache eingerichtet mit ehlicher Besatzung. Abends, gegen 6 Uhr, als das Partelokal mäßig mit Gästen beiderlei Geschlechts besetzt war, erschien ein Polizeikommissar und erklärte der Wirthin, die anwesenden Frauen müßten das Lokal verlassen.

Augen seiner Familie Reinhard Ritter die Maske vom Gesicht reißte, ihn, da er von nun an jedenfalls mit Kolloffs Eigenschaften vertraut werden würde, zur Erreichung seiner Osenlieferungen zu benutzen. Als er zu Ahlfeld hertrat, zeigte ein befriedigendes Lächeln, daß er mit sich im Reinen war.

Reinhard Ritter stand indessen Kolloff gegenüber. Unter den Ungehlichen, die sich zur Uebernahme der Beschäftigung eines Kopisten bei Kolloff gemeldet hatten, hatte diesem Reinhard Ritter von vornherein am meisten zugesagt. Er wollte in einem Kopisten nicht nur eine lebende Maschine sehen, sondern er wollte in ihm zu gleicher Zeit einen Menschen haben, der geistig befähigt sei, und auf den er sich unter allen Umständen verlassen könne. Deshalb hatte er sämtliche Briefe, deren Schreiber sich „glücklich schätzen würden“, die Stelle zu bekommen, (diesen Satz hatte Keiner einzufalten vergessen, außer Ritter), selber durchgelesen, um aus dem Inhalt jedes einzelnen auf den Charakter seines Verfassers zu schließen. Da waren Kaufleute, ehemalige und noch aktive Beamte, Lehrer, Kopisten von Beruf, selbst einige Damen hatten sich gemeldet — im bunten Durcheinander, und Jeder war besessen gewesen, seine Fähigkeiten so detaillirt wie nur irgend möglich zu schildern. Kolloff schwankte stark in seiner Wahl, als er der letzten Brief zur Hand nahm; derselbe enthielt nur folgende Worte: „Sehr geehrter Herr! Das Leben ist bis jetzt so grausam gewesen, daß selbst die letzte Luft, endlich nach monatelangem angestrengtem, aber zwecklosem Bemühen irgend eine bestimmte Anstellung zu erlangen, die mich der Sorge um tägliche Brod enthebt und mir gestattet, in freien Stunden der Schriftstellerei obzuliegen, nicht mehr im Stande ist, meinen Lippen eine einjige Bitte zu entringen. Sollen Sie dennoch auf mich reflektiren, so bitte ich Ihre Antwort zu richten an Reinhard Ritter, Wahnstraße Nr. 10, drei Treppen.“ Dem Briefe lagen ein paar losse Blätter bei, anscheinend aus einem Tagebuche. Kolloff las die äußerst

